

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis: Die 22 mm breite 100-Zeilen im Anzeigenblatt 14 Rpf., die 70 mm breite 100-Zeilen im Textblatt 1,10 RM. Kabin nach S. 1. Anzeigenpreisliste Nr. 1. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rpf. auschl. Porto. Für Anfertigung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugpreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. Einzahlungsbeitrag monatlich 1,00 RM. Einzahlungsbeitrag 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr) Kreuzbandabonnement: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Postadresse: Dresden-N. 1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammetnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981-27983 • Teleg.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktorstr. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366
Postfach: Dresden 2060 • Nichtverlangte Anzeigen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezüher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Anteils

Nr. 58 ×

Sonntag, 9. März 1935

43. Jahrgang

Kriegsstimmung auf dem Balkan

Die Kämpfe in Mazedonien immer noch unentschieden — Eden reist allein nach Moskau und Warschau

Rondelis zögert

Munitionsmangel der Regierungstruppen — Ausbreitung des Aufstandes
Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

1. Athen, 8. März. (Durch United Press)

Im Laufe der Nacht verstärkte das Zentrum die Frontabschnitt des Stummalees gegen die Zielungen der Aufständischen erlöset hat. Die Offensive der Rondelis-Armee ist nach schweren Verlusten — es soll auf beiden Seiten 800 Tote und über 8000 Verwundete gegeben haben — vor Errechen zum Stehen gekommen, ohne den entscheidenden Erfolg für die Regierung Tsaldaris gebracht zu haben. Der Abbruch der Kampfhandlungen soll nicht durch das Winterwetter und die Schneeverwehungen im mazedonischen Gebirge, sondern durch Munitionsmangel, der sich besonders unter den Regierungstruppen fühlbar zu machen beginnt, erzwungen worden sein. Die nenerliche Verlagerung der großen Offensivkraft an der Front wird sich möglicherweise verhängnisvoll für die Regierungstruppen auswirken. Während bisher nur die nördlichsten Gebiete Mazedoniens und Westthraciens bis zur bulgarischen Grenze in der Gewalt der Aufständischen waren, greift jetzt die revolutionäre Stimmung auch im Süden der Regierungstruppenmacht im ganzen Bezirk Saloniki und in Thessalien an sich. Rebellen-Truppen sollen die Stadt Larissa genommen haben, und zwar beinahe kampflös, da die Einwohner sowie auch die dort stationierten Truppenformationen mit den Benutzlichen sympathisierten.

Rondelis hat in Athen bringend Truppenverstärkungen und Munition angefordert. Da Rondelis entschlossen ist, die Offensive gegen Errechen und Saloniki nicht eher zu beenden, als Artillerie und Luftflotte mit ausreichender Munition versorgt sind, beschränken die Generale in Westthracien und Mazedonien ihre Operationen auf kleinere Gefechtsabteilungen, die sich besonders

in der Nähe der griechisch-bulgarischen Grenze

abspielten, wo in der ganzen Nacht das Gewehr- und Maschinengewehrfeuer nicht zum Schweigen kam. Aus dem Arelaxer Kommandantur der Venizelos-Anhänger wird gemeldet, daß über 20000 Revolutionäre nur auf die Rückkehr der Rebellenflotte nach Deubeter stoben, und Lebensmittelverweigerung vorzuziehen, um sich nach Saloniki einzuschließen. Alle Griechen werden durch Flugblätter und Radiosendungen aus Athen aufgefordert, sich unter der Parole „Wieder mit den gekarteten Monarchisten“ dem Kampf gegen Tsaldaris anzuschließen. Das auch die Lage der Regierung von Mazedonien unabhängig unabhängig beurteilt zu werden scheint, geht aus dem Umstand hervor, daß eine Anzahl höherer Regierungstruppen Offiziere mit der Bitte an Tsaldaris herangetreten ist, zur Abwendung eines „entsetzlichen und verlustreichen Bürgerkrieges“ eine

Verständigung mit den Aufständischen

zu suchen. Der Minister ist jedoch weiterhin entschlossen, den Kampf gegen die Revolution fortzusetzen. Er hat an die Türkei das Ersuchen gestellt, alle Anhänger Venizelos, die von der Türkei aus den Aufstand mit erheblichen Geldmitteln führen helfen, zu verhaften. Durch Regierungsverordnung wurden alle verdächtigen Beamten der Post, Telegraphen- und Bahnstationen vom Dienst suspendiert. Die Fenster wurde verhängt. Trotz der starken Durchführung des Ausnahmezustandes in Athen benutzen

die Kommunisten

den Venizelosismus als Gelegenheit, ihre Kräfte gegen Tsaldaris zu demonstrieren. Im Laufe der letzten Abendstunden sammelten sich in verschiedenen Teilen der Hauptstadt kommunistische Truppen, die Flugblätter verteilten, in denen die griechischen Arbeiter zum Straßenkampf herangezogen wurden. Polizeipatrouillen konnten die ersten Demonstrationen verhältnismäßig leicht zerstreuen. Als aber die Kommunisten sich dann in ihrer Absicht, den Aufstand immer wieder zu neuen Truppen sammeln, wurde Verstärkung angefordert, die auf die Demonstranten mehrere Salven abfeuerte.

Zahlreiche Kommunisten wurden getötet

oder verwundet. Am 8. neue Gefahr eines kommunistischen Aufstandes abzuwenden, hat die Regierung außerordentliche Maßnahmen ergriffen.

Folgen des griechischen Aufstands

Rüstungen an der bulgarisch-türkischen Grenze — Anrufung des Völkerbundes

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

1. Genf, 8. März. (Durch United Press)

Der bulgarische Völkerbunddeputierte Antonoff hat dem Generalsekretär des Völkerbundes Aronoff ein Memorandum seiner Regierung über die „gefährliche Lage an der bulgarisch-türkischen Grenze“ überreicht. In dem Memorandum ist die Rede davon, daß die Türkei an der Grenze Thraciens umfangreiche militärische Vorbereitungen getroffen hätte. Eine große Anzahl von Geschützen und Maschinengewehren sei nach der Grenze geschafft worden. Ferner seien reguläre türkische Truppen an der Grenze versammelt. Diese Truppenanposten und die Errichtung von Munitionslagern, Waffen- und Lebensmitteldepots im türkisch-bulgarischen Grenzgebiet hätten im Falle eines allgemeinen heftigeren Vorstoßes wie am Vorabend eines Kriegsausbruches. In ganzen habe die Türkei seit dem 1. März 21000 Reservisten mobilisiert. Man spreche in Thracien ganz offen von einem türkischen Anmarsch, durch den Bulgarien binnen 24 Stunden befehligt werden könne.

Generalsekretär Aronoff hat dem Vertreter der Türkei Kemal Quani Kenntnis von der Heftigkeit dieser bulgarischen Textschrift gegeben. Daraufhin hat Kemal Quani eine Gegenerklärung abgegeben, in der von bulgarischen militärischen Vorbereitungen an der bulgarisch-türkischen Grenze die Rede ist. Die Türkei, so erklärte er, habe keine unfreundlichen Absichten gegen Bulgarien, aber sie sei Mitglied des Balkanbundes und könne sich daher angesichts dieser bulgarischen militärischen Vorbereitungen an der griechischen Grenze nicht gleichgültig verhalten. Die Türkei trete unter allen Umständen für den territorialen Status quo ein, der durch den Balkanpakt garantiert sei. Der bulgarische Schritt werde die Türkei in ihrem politischen Willen nicht irre machen, der von dem Wunsch eingeleitet wurde, eines Tages auch Bulgarien als Mitglied des Balkanbundes zu sehen.

In dieser türkischen Erklärung ist zum ersten Male offen die Rede von einem Zusammenhang der militärischen Vorbereitungen in den Nachbarstaaten

Griechenlands mit den revolutionären Ereignissen in Griechenland selbst. Die Türkei fürchtet also offenbar, daß sich Bulgarien die angesichts schwerer Lage Griechenlands zuzunehmen machen könnte, um die Hand nach griechischem Gebiet auszustrecken. Ziel bezieht sich auch, daß getrieben der türkische Ministerpräsident dem griechischen Botschafter in Ankara sein Bedauern über die Vorgänge in Griechenland ausgesprochen und hervorgehoben hat, daß die Türkei kein einseitiger Freund Griechenlands bleibe. Er hoffe, daß die lebenden griechischen Staatsmänner die Schwierigkeiten überwinden würden.

Einberufung bulgarischer Reservisten

1. Sofia, 8. März

Wie erst jetzt bekannt wird, sind im Laufe des Donnerstags die Reservisten, die im Oktober v. J. aus dem aktiven Militärdienst entlassen worden waren, wieder unter die Waffen gerufen worden. Wie es heißt, verfolgt diese Maßnahme den Zweck, die durch die Entlassung verschiedener Einheiten an die griechische Grenze entstandenen Lücken auszufüllen.

Pessimistische Budapest-Berichte

1. Budapest, 8. März

Die in den letzten Abendstunden des Donnerstag den Budapest-Berichten zugegangenen krummblättrigen Berichte sprechen von einer besorgniserregenden Verschärfung der Lage in Griechenland. Die Militärberichte ferner, daß in Peloponnes militärischen Kreisen die Lage der griechischen Regierungstruppen als außerordentlich ernst beurteilt werde, falls es der Flotte der Aufständischen gelingen sollte, bis an die mazedonische Küste vorzudringen. Im Falle eines längeren Andauerns des griechischen Bürgerkrieges würden sich schwere internationale Verwicklungen und eine Gefährdung des Friedens auf dem Balkan befürchten. Man rechne allgemein damit, daß im Falle eines Sieges der Aufständischen Venizelos den Balkanpakt kündigen würde.

würden, so beschließen Venizelos, Arelax als unabhängigen Staat zu erklären und sich in dieser Angelegenheit an den Völkerbund zu wenden.

Chios und Samos von den Aufständischen besetzt

1. Athen, 8. März

Nach der Besetzung von Mytilene durch die Aufständischen sind auch die Inseln Chios und Samos durch den Kreuzer „Averoff“ und zwei Torpedoboote der Aufständischen besetzt worden. Die Regierung will diesen Handreich der Aufständischen vorausgehen haben und mit der Besetzung dieser beiden Inseln eine besondere Bedeutung bei.

Amerikas Aufrüstung

1. Washington, 8. März

Nachdem der Senat einer Erhöhung des höchsten Ozeers von 118 700 Mann auf 165 000 Mann zugestimmt hatte, hat er nunmehr den Ozeershaushalt um 20 Millionen Dollar erhöht. Der Ozeershaushalt beträgt jetzt rund 400 Millionen Dollar, ein Häher in Friedenszeiten selten erreichter Betrag.

Vormilitärische Ausbildung in Japan

1. Tokio, 8. März

In ganz Japan werden im April 15 000 Schulen für etwa 25 Millionen Jugendliche eingerichtet werden. Die Einrichtung dieser Schulen der körperlichen Erziehung der japanischen Jugend dient zu dem Zweck, auch in Japan eine vormilitärische Ausbildung einzuführen.

„Inshallah“

Die Ursachen der Gärung in Algerien
Von unserem Korrespondenten

1. Paris, Anfang März

Konstantine, Sétif, Del-Medja und andre Stätten Nordafrikas waren in den letzten Monaten häufig Schauplätze blutiger Aufstände. Die eingeborenen Araber wandten sich gegen die Juden und die sogenannte bewaffnete Macht. Eingeborene Soldaten, die gegen die Aufständischen geschickt wurden, gingen kurzentschieden zu ihren Glaubensbrüdern über. Schon das zeigt, wie stark in Nordafrika der Gegensatz zwischen den Mohammedanern einerseits und den Juden und Europäern andererseits ist. Obwohl die Franzosen seit mehr als hundert Jahre in Nordafrika liegen, hat bisher keine Massenvermischung stattgefunden. Dabei kommen heute auf 14 Millionen Eingeborene nur eine Million Europäer.

Den näheren Anstoß zu den neuen Aufständen gab zweifellos die wirtschaftliche Notlage Nordafrikas, besonders Algeriens. Das Volk der gewiss anprüdelnden Araber leidet sich bis zu menschenunwürdigem Hunger. Die Europäer heulten während einer „Krise“ ihrer wirtschaftlichen Lage. Die Preise für Wein und Getreide, die Haupterzeugnisse des Landes, sanken vielfach insaufrichtig unter die Bekleidungspreise. Die Einfuhr ins sogenannte Mutterland wurde nicht nur erschwert, sondern teilweise unmöglich gemacht. Dabei ist es Algerien sogar unterstellt, innerhalb der Aufständischen Frankreich für Getreide und Wein zu rangieren! Und die Bestimmungen der Abte von Alaciras, 100 nach in Marokko höchsten 12 v. D. Einfuhrzoll erhoben werden dürfen, gelten für Algerien nicht. Wenn man es da wundert, daß Algerien den größten Teil des französischen Exports, nämlich von 17 Milliarden für 4 Milliarden, aufnimmt? Nachdem Frankreich seit Jahren den Weinbau in Algerien gefördert und gepflanzt hat, so daß dort wirklich gute, blumige Weine gezogen wurden, will es nun den Absatz dieser Weine auf Nordafrika beschränken. Dabei lassen dort die Muselmanen, der weitaus größte Teil der Bevölkerung, aus religiösen Gründen keinen Tropfen Wein über ihre Lippen fließen. Vermecken wir auch noch, daß kein ausländisches Schiff irgendwelche Waren von Algerien nach Frankreich bringen darf, so daß die Algerier ausschließlich auf die oft dreifach höheren französischen Tarife angewiesen sind. Und doch gilt Algerien, das in drei Departements geteilt ist, als die einfache Provinz Frankreichs, nicht als Kolonie, sondern als Provinz des Mutterlandes, und unterliegt deshalb auch nicht dem Vorkriegs-, sondern dem Innenministerium. Ist es ein Wunder, wenn die Eingeborenen verlangen, nun auch wirtschaftlich „wie Frankreich“ behandelt zu werden?

Die Hoffnung auf die zukünftige Entwicklung des Landes verteilte seit vielen Jahren zur Aufnahme einer großen Darlehen, und es waren berechtigte Hoffnungen, wie die Darlehensbereitschaft der Kapitalisten bewies. Als Darlehensgeber kamen nur die Pariser Banken und die anfalligen jüdischen Händler in Frage. Der kleine Mohammedaner war naturgemäß kein Kunde der Großbanken. Nun, nachdem die Anleihebedingungen ummältlich wurden, sagten sich die Banken und jüdischen Geldgeber ab und schickten sich, Weiden und man schnell den Namen „Schulod“. An die Banken aber war schlecht heranzukommen, an die Juden dafür um so leichter. Wegen diese Hamme lebt noch ein anderer, alter Doh auf. Einst hatte Frankreich nämlich allen Juden in Algerien sofort das französische Bürgerrecht verliehen, den Mohammedanern dagegen die Rechte nicht. Wie sehr dadurch der jüdische Einfluß in der Verwaltung des Landes wuchs — denn nur das Bürgerrecht gibt das Wahlrecht — ist leicht vorstellbar. Dazu kommt noch, daß dem Mohammedaner immer vorgehalten wurde, er sei ein „Mensch zweiten Ranges“, während er doch immer den Juden als solchen ansah. Der Aufstand Mohammedaners nach Gleichberechtigung ist deshalb so alt wie die französische Kolonialgeschichte in Nordafrika. Und im Weltkrieg wurden ihm, der aus den europäischen Kriegshandlungen „gleichberechtigt“ für Frankreich bluten und sterben mußte, die Bürgerrechte immer wieder laut verprochen. Wenn die französische Regierung heute dazu veranlaßt, daß die Mohammedaner zunächst den Koran verlesen müssen, da dessen Gelehrte nicht mit den französischen übereinstimmen, dann betrachten die Eingeborenen das als eine Kränkung. Ost hört man schließlich von französischer Seite, es sei unmöglich, einem primitiven Volk französische Bürgerrechte zu verleihen.

Ist der Mohammedaner wirklich primitiv? Ja und nein. In seinen Reaktionen auf Angriffe und

Wo. 4.00 6.30 8.00 Uhr und Uhr jeder Deutsche muß diesen Film gesehen haben